

## **Protokoll Hauptausschuss - öffentlich - vom 26.10.2021**

### **1) TOP Einwohnerfragen**

---

Einwohnerfragen wurden keine gestellt.

### **2) TOP 6-005/21 Schulsozialarbeit - Bericht**

---

Oberbürgermeister Pauly begrüßt Frau Heike Schempp, Teamleitung der Schulsozialarbeiter beim Caritasverband Schwarzwald-Baar-Kreis e.V. und die anwesenden Schulsozialarbeiter der Stadt Donaueschingen und führt in die Sitzungsvorlage Nr.6-005/21 ein.

Frau Schempp berichtet dem Gremium über die Inhalte der Schulsozialarbeit. Die Jahre 2020 und 2021 seien von der Corona-Krise und den schwierigen Bedingungen während des Lock-downs überschattet worden. Sie dankt allen Beteiligten für kreative Lösungen, die in dieser Zeit gefunden worden sind. Ihr Team sei während der Schulschließung in der Zeit des Home-schooling in Rufbereitschaft gewesen und habe Unterstützung geleistet, wo immer es notwendig war. Die Hauptsäule der Schulsozialarbeit sei Einzelfallhilfe. Im Folgenden stellt sie die Arbeit der Schulsozialarbeiter an den einzelnen Schulen vor, welche unter anderem die Förderung der sozialen Kompetenz, Kindernotgruppen und weitere Projekte im Präventivbereich beinhalten. Dabei dankt Frau Schempp allen, die an der Schulsozialarbeit beteiligt sind und insbesondere Herrn Amtsleiter Romer, der immer als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden hat.

Stadtrat Kuttruff lobt die hohe Kompetenz der Schulsozialarbeiter und dankt für die gute Zusammenarbeit. Er fragt nach, wie der Gemeinderat konkret Hilfe leisten könne und wo Bedarf sei.

Stadträtin Vogelbacher dankt als Gesamtelternbeiratsvorsitzende im Namen der Eltern den Mitarbeitern der Schulsozialarbeit und Amtsleiter Romer für die wertvolle Arbeit. Sie schlägt vor, in dem Bericht künftig eine Statistik der letzten zwei bis drei Jahre zu erstellen, um die Entwicklung aufzuzeigen. Sie bittet die Verwaltung, genau hinzusehen und Problempunkte klar zu benennen, damit professionelle Hilfe eingesetzt werden könne.

Stadträtin Vogelbacher dankt als Gesamtelternbeiratsvorsitzende im Namen der Eltern den Mitarbeitern der Schulsozialarbeit und Amtsleiter Romer für die wertvolle Arbeit. Sie schlägt vor, in dem Bericht künftig eine Statistik der letzten zwei bis drei Jahre zu erstellen, um die Entwicklung aufzuzeigen. Sie bittet die Verwaltung, genau hinzusehen und Problempunkte zu benennen, damit professionelle Hilfe eingesetzt werden könne.

Frau Schmepp (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Reinbolz): Auch an Donaueschinger Schulen gebe es vermehrt Fälle von psychischen Erkrankungen, da sich die familiäre Situation in

vielen Fällen verändert habe. Der ständige Aufenthalt zu Hause sei vor allem in einem Quarantänefall besonders belastend. Gleichzeitig fehle den Kindern und Jugendlichen der Ausgleich durch Vereinssport oder durch Musizieren im Musikverein. Hinzu komme die Anspannung, die entstehe, wenn sich mehrere Geschwister ein Tablet für das Homeschooling teilen müssten, das auch noch der Vater für seine Arbeit im Homeoffice benötige. Sie schildert, dass es dabei nicht selten zu Depressionen bzw. zu Aggressionen und körperlicher Gewalt komme. Kleinere Fälle seien oft weniger sichtbar, das sei nur die Spitze des Eisbergs. Dabei betont sie, dass es bereits vor der Corona-Krise ein Betreuungsdefizit gegeben habe. Viele Familien seien in Not und erst recht, wenn sich das System verändere. Dabei handle es sich häufig um Prozesse, die drei bis vier Jahre dauerten. In anderen Fällen könne den Eltern durch Präventionsangebote nachhaltig geholfen werden, richtige Entscheidungen zu treffen und sie handlungsfähig zu machen. Wichtig sei daher, die Eltern in das Angebot der Schulsozialarbeit miteinzu beziehen. Das Land Baden-Württemberg habe 200 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit freigegeben. Wie diese Mittel am besten verteilt werden, müsse noch geklärt werden.

Fraktionssprecher Blaurock fragt nach, weshalb die Anzahl an Mehrfachgespräche etc. an der Realschule besonders hoch sei. Das Reparatur-Café sei eine gute Einrichtung, denn so könne der Bedarf an Geräten leichter gedeckt werden und wertvolle Unterstützungsarbeit geleistet werden.

Frau Schempp: Die Realschule habe einen höheren Bedarf an Einzelfallhilfe, was mit dem System der Schule sowie dem Aufgabenprofil der einzelnen Schulsozialarbeiter zusammenhänge.

Beschluss:

Vom Bericht über die Schulsozialarbeit an den städtischen Schulen wird Kenntnis genommen.

### **3) TOP 6-006/21 Haushaltsplan - Schulbudgets**

---

Oberbürgermeister Pauly weist vor der Einführung in die Sitzungsvorlage darauf hin, dass der Stichtag der voraussichtlichen amtlichen Statistikmeldung der 20. Oktober 2021 ist und nicht der 21. Oktober 2021 (s. Sitzungsvorlage Nr. 6-006/21). Bei Beschlussvorschlag Nr. 3 wird das Datum der Schulstatistik, 20. Oktober 2021, berichtigt.

Fraktionssprecher Blaurock begrüßt es, dass der Sachkostenbeitrag für die Werkrealschule festgeschrieben worden sei und sich seit 2016 nicht mehr erhöht habe, um so eine Anpassung an die Sachkostenbeiträge der anderen Schulen zu erreichen.

Er fragt nach, ob es ausreiche, 28,5 Prozent für die Schulbudgets hinsichtlich der Budgetanteile „sächliche Kosten Schulbetrieb“ zu bewilligen oder ob der Prozentsatz erhöht werden solle (s. Beschlussvorschlag Nr. 2).

Stadtrat Rögele merkt an, dass die Schulbudgetüberträge unterschiedlich hoch seien und fragt nach, ob diese wieder abgebaut werden können (s. Anlage 2).

Amtsleiter Romer: Die teilweise recht hohen Budgetüberträge seien aufgrund der bewilligten Landesfördermitteln für die Digitalisierung entstanden. Die Anschaffung der Geräte sei noch in Bearbeitung. In den Folgejahren werde das wieder neutralisiert.

Herr Mosbacher, Schulleiter Fürstenberg Gymnasium: Der Prozentsatz von 28,5 (s. Beschlussvorschlag Nr. 3) reiche aus. Der auf 1070 Euro erhöhte Sachkostenbeitrag für das Fürstenberg-Gymnasium decke die steigenden Kosten ab. Durch die coronabedingte Schulschließung seien weniger laufende Fixkosten für den Fachunterricht angefallen, so dass noch genügend Mittel zur Verfügung stünden.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Schulbudgets im Haushaltsjahr 2022 hinsichtlich der Budgetanteile „sächliche Kosten Schulbetrieb“ in Höhe von 28,5% der jeweiligen Sachkostenbeiträge des Landes zu bewilligen.
3. Es wird zugestimmt, die Schulbudgets für das Haushaltsjahr 2022 entsprechend den tatsächlichen Schülerzahlen gemäß Schulstatistik 20. Oktober 2021 und den endgültigen Sachkostenbeiträgen für 2022 anzupassen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **4) TOP 6-007/21 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2021/22**

---

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Romer führt ausführlich in die Sitzungsvorlage Nr.6-007/21 ein. In Donaueschingen sei der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt. Aufgrund der hohen Nachfrage an Betreuungsplätzen werde weiter ausgebaut. Der vorgeschriebene Mindestpersonalschlüssel mache die Personalaufstockung (s. Beschlussvorschlag Nr. 2) erforderlich. Plätze für Kinder mit Behinderung würden nach Bedarf in verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen angeboten. Im Kindergarten Aasen beispielsweise stünden Räumlichkeiten für die Umsetzung der Inklusion zur Verfügung.

Fraktionssprecher Greiner: Die CDU-Fraktion sehe die Notwendigkeit der vorgesehenen Personalaufstockung bei den Kindergärten Neudingen und Pfohren (s. Beschlussvorschlag Nr. 2), da die frühkindliche Bildung gewährleistet sein müsse. Der ermittelte Personalbedarf solle gedeckt werden.

Fraktionssprecher Rainer Hall, FDP-/FW-Fraktion, spricht sich ebenso für die Personalaufstockung aus und bedankt sich bei Amtsleiter Romer für die akkurate Bedarfsplanung.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Grünen-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag auch zustimmen. Er bedankt sich bei den Erzieherinnen für die geleistete Arbeit unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie.

Stadtrat Rögele schließt sich dem Dank an und spricht sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls für die vorgeschlagenen Stellenmehrungen aus. Die Anpassung an die Forderungen der Familien, beispielsweise durch verlängerte Öffnungszeiten beim Kindergarten Pfohren, sei richtig. Er fragt nach, inwieweit auch bauliche Veränderungen notwendig werden könnten.

Amtsleiter Romer: Bauliche Veränderungen müssten vorgenommen werden, wenn weiterer Bedarf an Gruppen bestehe. Er lobt das gute Miteinander zwischen Verwaltung und den Kindergartenleitungen. Trotz Personalengpässen sei eine Kindertagesstättenschließung bislang nicht erforderlich gewesen.

Fraktionssprecher Milbradt und Fraktionssprecher Greiner danken allen Beteiligten für ihr Engagement.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, dass die vorhandenen Plätze für Kinder von null bis sechs Jahren sowie die in den Donaueschinger Kindergärten/Kindertagesstätten neu geplanten Plätze in die örtliche Bedarfsplanung aufgenommen werden.
2. Der vorgesehenen Personalaufstockung von jeweils 0,34 Stellen bei den Kindergärten Neudingen und Pfohren wird zugestimmt.
3. Der Kinderbetreuung- Bedarfsplanung 2021/22 wird zugestimmt.

(,14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **5) TOP 7-029/21 Hagelflieger - finanzielle Beteiligung der Stadt Donaueschingen**

---

Oberbürgermeister Pauly führt nach der Begrüßung der Mitglieder des Vereins zur Hagelabwehr Südwest e.V. und des 1. Vorsitzenden, Herrn Peter Hellstern, in die Sitzungsvorlage 7-029/21 ein.

Die Tätigkeit des Vereins zur Hagelabwehr Südwest e.V. sei erfolgreich. Die Schutzmaßnahme sei umfassend und werde bereits durchgeführt, auch wenn die Stadt Donaueschingen dem gemeinnützigen Verein noch nicht beigetreten sei und noch keinen Mitgliedsbeitrag zahle.

Herr Hellstern führt dem Gremium die Präsentation und Videoaufzeichnungen über die genaue Vorgehensweise bei der Hagelabwehr vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt. Das Versprühen von Silberjodid in den Wolken sei nachweislich für die Natur ungefährlich und sei weltweit die einzige Methode, um sehr wahrscheinlich starke Hagelschläge zu vermeiden. Der vereinseigene Hagelabwehrflieger sei auf dem Donaueschinger Flughafen stationiert.

Fraktionssprecher Milbradt erkundigt sich, wie sehr sich der Pilot des Hagelfliegers bei einem Einsatz in Gefahr begeben werde.

Fraktionssprecher Reinholz befürwortet, dass die Stadt Donaueschingen Verantwortung übernehme und dem Verein beitrete und nicht nur den Schutz vor Hagel in Anspruch nehme.

Fraktionssprecher Blaurock sieht die Stadt Donaueschingen hier ebenfalls in der Pflicht, da die Stadt Donaueschingen von den Präventionsmaßnahmen profitiere. Der Mitgliedsbeitrag von knapp 5.000 Euro sei überschaubar. Allerdings weist er darauf hin, die Wirksamkeit von Silberjodid könne wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden, da vergleichbare methodologische Situationen nicht hergestellt werden können.

Stadtrat Kuttruff: Das Geld sei gut investiert. Es sei erfreulich, dass Donaueschingen durch die Präventionsmaßnahme bereits einige Jahre von schweren Hagelschlägen verschont geblieben ist.

Fraktionssprecher Greiner: Es sei ein Versuch wert, 5.000 Euro in die Mitgliedschaft zu investieren. Aus diesem Grund können 5.000 Euro in die Mitgliedschaft investiert werden. Ein Hagelschaden könne ein Vielfaches an Kosten verursachen.

Herr Hellstern ergänzt, dass Versicherungsgesellschaften aus eigenem Interesse Spendengelder an den Verein zahlen, da die Schadenshäufigkeit durch die Einsätze geringer sei. In diesem Jahr seien bereits 21 Einsätze erfolgt. Eine erhöhte Gefahr für die Piloten bestehe dabei nicht. Ab nächstem Jahr sei auch ein GPS-Sender im Hagelabwehrflieger vorgesehen, der die Position des Fliegers via Koordinaten übermitteln werde. Eine Verbindung zum Piloten während des Einsatzes gebe es jedoch keine, da Sprechfunk verboten sei. Daher sei geplant, eine Software im Cockpit zu installieren, welche die Auswertung der Wetterdaten direkt übertragen könne. Dann wäre der Einsatz noch effektiver. Auch sei die Anschaffung eines weiteren Hagelabwehrfliegers im Gespräch, um die Einsätze der Hagelabwehr zu verbessern.

Oberbürgermeister Pauly: Den Mitgliedern sei der Austritt aus dem Verein jederzeit möglich.

Beschluss:

1. Dem Beitritt zum Verein zur Hagelabwehr in den Landkreisen Schwarzwald-Baar und Tuttlingen e.V. wird zugestimmt.

2. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, für den Mitgliedsbeitrag, Mittel in Höhe von 5.000 € im Ergebnishaushalt 2022 vorzusehen.

(13 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen)

## **6) TOP 2-009/21 Vereinsförderung – Anpassung der Vereinsförderrichtlinie ab 2022**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-009/21 ein. Dabei weist er auf den gemeinsamen Antrag der GUB-Fraktion und der FDP-/FW-Fraktion vom 22.10.2021 auf Anpassung der Richtlinien über die Verwendung von Zuwendungen an Vereine hin.

Stadtrat Wild, der kein Mitglied des Hauptausschusses ist und daher grundsätzlich nicht an den Beratungen teilnehmen kann, habe ihn darum gebeten, den beigefügten gemeinsamen Antrag aus Sicht der GUB-Fraktion erläutern zu dürfen. Er fragt die Mitglieder des Hauptausschusses, ob es hierzu Einwände gebe.

Aus dem Gremium erfolgt kein Widerspruch.

Fraktionssprecher Rainer Hall, FDP-/FW-Fraktion: Die von der FDP-/FW-Fraktion beantragte Erhöhung der Vereinsförderung über den Beschlussvorschlag hinaus Die Pauschalförderung je Jugendmitglied der Sportvereine solle auf 20 Euro angehoben werden. Die Pauschalförderung für die Sportplatzpflege soll auf 3.000 Euro angehoben werden. Es sei für die Vereinsarbeit wichtig, da die Kosten der Vereine stark gestiegen seien. Die Zahlung eines erhöhten Zuschusses je Jugendmitglied in Höhe von 20 Euro sei angemessen. Der Zuschuss für jugendliche Mitglieder des Musikvereins liege weit höher als der vorgeschlagene Zuschussbetrag der Verwaltung. Das stehe in keinem Verhältnis.

Stadtrat Wild, GUB-Fraktion, (kein Ausschussmitglied): Viele Vereine beklagten, dass die bestehenden Fördersätze den Kostensteigerungen nicht gerecht werden. Er nennt Beispiele für erforderliche Aufwendungen wie das wöchentliche Bürsten des Kunstrasens oder dessen jährliche Reinigung. Er bittet das Gremium um Zustimmung des Antrags in beiden Punkten, damit die Vereine in Zukunft ihre Arbeit machen könnten.

Fraktionssprecher Milbradt, GUB-Fraktion, betont, wie wichtig es sei, in diesen schwierigen Zeiten Vereine zu stärken und dadurch auch die Entwicklung der Kinder zu fördern.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt wolle die Fördersätze für Vereine erhöhen, aber dabei keine 100 prozentige Deckung der Kosten erreichen. Der vorliegende Antrag zu § 11 der Richtlinien über die Verwendung von Zuwendungen an Vereinen (Förderrichtlinien) beziehe sich zudem nur auf die Fördersätze der Sportvereine. Das könne Unmut bei den anderen Vereinen auslösen.

Fraktionssprecher Greiner fragt nach, wie die GUB- und die FDP-/FW-Fraktionen die vorgeschlagene Erhöhung auf 20 Euro gegenfinanzieren wolle und ob die Verwaltung die Mehrkosten geprüft habe. Er zitiert den letzten Satz des Antrags „Wir denken, dass dies in unserem städtischen Haushalt vertretbar wäre.“

Im Hinblick auf die angespannten Haushalstalage könne die CDU-Fraktion die Erhöhung des Zuschusses pro Jugendmitglied auf maximal 12 Euro mittragen, denn Sporttreiben im Verein sei ein selbstgewähltes Hobby.

Er bittet daher um getrennte Abstimmung der beiden Vorschläge aus dem Antrag.

Stadtrat Kuttruff, FDP-/FW- Fraktion, stellt den weiteren Antrag den Mietkostenzuschuss in §12 Absatz 1, Förderrichtlinie, von 60% auf 50 % zu senken und auch die Kosten für hauseigene Techniker wie die Anlagen der Licht- und Tontechnik mit 50 % zu bezuschussen.

Herr Lafera, Sachgebietsleiter Vereinsförderung: Bei der beantragten Reduzierung des Mietkostenzuschusses auf 50% von Stadtrat Kuttruff lasse sich schwer abschätzen, welche Mehrkosten entstehen werden. Das hänge davon ab, welche Räume und wie lange diese gemietet werden und ob für die Veranstaltungstechnik eigenes Personal oder Fremdfirmen eingesetzt werden. Der gemeinsame Antrag der FDP-/FW-Antrag löse Mehrkosten in Höhe von ungefähr 44.000 Euro aus. Die besondere Förderung der Jugendlichen der Musikvereine stamme aus dem Jahr 2011 und hänge unter anderem mit dem Wegfall der Dirigentenförderung zusammen.

Fraktionssprecher Reinholz: Er schlage eine mäßige Erhöhung des jährlichen Zuschusses zur Sportplatzpflege von 2.500 Euro (§11 Abs. 3) und 15 Euro pro Jugendmitglied (§11 Abs.2) vor. Er gibt zu bedenken, dass beispielsweise der Turnverein dann schlechter behandelt werde, weil dieser keinen Antrag auf Förderung der Hallenmiete vorgelegt habe.

Fraktionssprecher Blaurock bittet um belastbare Zahlen, wie hoch die Nachfrage der Vereine nach Haustechnikern der Donauhallen sei und in welchen Bereichen den Vereinen Kostensteigerungen entstanden sind. Die Fraktion der Grünen könne daher heute noch nicht zustimmen und auch keinen Kompromissvorschlag mittragen.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, die Thematik in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 16. November 2021 zu beraten und den Beschluss zu vertragen. Die Empfehlung für den Gemeinderat sei heute nicht zwingend erforderlich. Herr Lafera könne die Mehrkosten des Antrags von Herrn Stadtrat Kuttruff, FDP-/FW- Fraktion, dann mit belastbaren Zahlen hinterlegen.

Auf seine Nachfrage, den Beschluss zu vertagen, ergeht kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss:

Der Beschluss über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

## **7) TOP Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Neudingen: Baugebiet „Weiherbrünnele“ – Beschluss: Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg**

Oberbürgermeister Pauly: Die Erschließungsarbeiten im Neubaugebiet „Weiherbrünnele“ in Neudingen sollten ursprünglich im September 2021 beginnen. Aufgrund eines Normenkontrollantrags einer angrenzenden Eigentümerin verzögerte sich der Baustart. Nun lehnte der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg den im Verfahren gestellten Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz am 19. Oktober 2021 jedoch ab, so dass der Baustart wiederaufgenommen werden könne.

## **8) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat**

---

Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat werden keine gestellt.